

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Rekord-Kluft zwischen Arm und Reich

Die Einkommensunterschiede in Deutschland waren nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) noch nie so groß wie heute. Nach den DIW-Zahlen hat die soziale Ungleichheit das höchste Niveau seit Beginn der Datenerhebung 1984 erreicht. Die Wissenschaftler erwarten, dass die Einkommensschere noch größer wird. Nach DIW-Angaben konnten Spitzenverdiener ihre Bezüge zwischen 1994 und 2004 am deutlichsten steigern. Inflationsbereinigt erzielten sie Gehaltserhöhungen von 1,5 Prozent im Jahr. Die mittleren Einkommen wuchsen um 1,1 Prozent im statistischen Mittel. Die Löhne von Niedrigverdienern stagnierten hingegen nahezu und nahmen lediglich um 0,2 Prozent zu. Im vergangenen Jahr betrug die Armutsrate in Deutschland 17,3 Prozent, in Ostdeutschland lebte sogar mehr als jeder Fünfte unterhalb der Armutsschwelle. Als arm gelten Haushalte, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung haben.

Fußballweltmeisterschaft, Ferienzeit, Hitzeperiode - Ablenkungen gab es genügend. Wissen sollte man trotzdem was auf uns zukommt.

Die von der Großen Koalition beschlossene größte Steuererhöhung aller Zeiten, die Anhebung der Mehrwert- und Versicherungssteuer um drei Prozent, entzieht den Konsumenten ab 2007 jährlich ca. 25 Milliarden Euro an Kaufkraft. Dazu kommen die im Bundestag verabschiedeten Gesetze von Ende Juni, die im Effekt auf eine Steuererhöhung für Arbeitnehmer und Kleinanleger hinauslaufen: Kappung der Pendlerpauschale und des Sparerfreibetrags, Senkung der Altersgrenze bei Kindergeld und Kinderfreibetrag, keine Absetzbarkeit von Arbeitszimmer und Steuerberatungskosten u. a. m., was sich auf jährliche Mehrbelastungen von 2,1 Milliarden Euro (2007) bis 5,4 Milliarden Euro (2009) addiert.

Beispiel Pendlerpauschale

Die Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz können erst vom 21. Kilometer an steuerlich geltend gemacht werden. 15 Millionen Pendler sind davon betroffen, die künftig die Kostenpauschale von 0,30 Euro je Kilometer Arbeitsweg nur noch für Strecken ab 21 Kilometer geltend machen können. Das reißt neue Löcher in die Geldbörsen der Beschäftigten. Bisher konnte nämlich jemand, der

einen Arbeitsweg von 10 Kilometer zurücklegen musste, bei 220 Arbeitstagen im Jahr 660 Euro als Werbungskosten geltend machen. Bei 20 Kilometer waren es schon 1320 Euro, bei 30 Kilometer 1980 Euro und bei 50 Kilometer 3300 Euro. Nun müssen „Durchschnittsverdiener“ (Bei Ledigen 26000 Euro Bruttojahresverdienst, bei Verheirateten 52000 Euro) 400 Euro mehr an Einkommenssteuer zahlen, wenn sie 30 Kilometer zur Arbeit fahren. Die Bundesregierung rechnet für 2007 mit 1,3 Milliarden Euro und

ab 2008 mit gut 2,5 Milliarden, die sie den Beschäftigten damit aus der Tasche zieht. In viele weiteren Bereichen verfährt man ebenso. Beim Sparerfreibetrag, bei der Kindergeldregelung, beim häuslichen Arbeitszimmer usw.

Nur die Reichensteuer, die hat man nicht hingekriegt. Eine effektive Besteuerung der Profite und Spitzeneinkommen, geschweige denn eine wirksame Besteuerung der Vermögen sieht das Gesetz nicht vor.



Wir werden ausgepresst



Ein einziger Skandal

Man muß schon mal daran erinnern, dass die vorherige Regierung aus SPD und Grünen die größten Steuersenkungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat und dass vor allem deshalb jetzt die Einnahmen fehlen.

Damals ist der Körperschaftssteuersatz von 40 auf 25 Prozent gesenkt worden. Zusammen mit der Union und der FDP hat man den Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent - also um 11 Prozentpunkte - gesenkt.

Die Defizite sollen jetzt gedeckt werden, indem man u.a. den Mehrwertsteuersatz um 3 Prozentpunkte erhöht.

Aber die Mehrwertsteuer bezahlen Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das heißt, was man den Konzernen, den Best- und Besserverdienenden geschenkt hat, holt man sich jetzt von der normalen Bevölkerung zurück, und zwar ohne jeden Ausgleich. Das ist ein einziger Skandal.

Die Steuergesetze der Bundesregierung sind der Gipfel der Ungerechtigkeit. Ihr Motto: Normalverdiener schröpfen, Reiche schonen. Merkel und Müntefering lassen das Volk ab 2007 eine um 3 Prozentpunkte erhöhte Mehrwertsteuer zahlen. Damit würgen sie die Binnenfrage vollends ab. Die Folge: ein nochmaliger Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Kleinsparer, Pendler, Eltern mit Kindern in Ausbildung - durch die Streichung von Freibeträgen und die Kürzungen bei Kin-

dergeld und Pendlerpauschale werden sie zusätzlich belastet. Konzerne und Bestverdiener werden entlastet. Notwendig ist ein sozial gerechtes Steuersystem.

Notwendig ist die Einführung der Vermögensteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes. Auch wer Erbschaften in Millionenhöhe macht, soll mehr zahlen.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit.

Reichensteuer

„Ich fürchte, ich muss nach Karlsruhe, weil ich nicht betroffen bin von der Reichensteuer. Ich hätte gern bezahlt, aber darf nicht.“

Harald Schmidt am 14. Mai 2006 bei „Sabine Christiansen“ zu der Tatsache, dass vermögende Freiberufler wie er von der Reichensteuer ausgenommen sind.

Balalaika

„Wer mehr als die gesetzliche Rente haben will, der kann Lotto oder Balalaika spielen.“

Franz Müntefering auf dem ver.di-Kongress Zukunft der Rente am 25. April 2006

Hartz IV

„Wer arbeitet, soll etwas zu essen haben; wer nicht arbeitet, braucht nichts zu essen.“

Franz Müntefering in der SPD-Fraktions-sitzung am 9. Mai 2006

Das „große Geld“ muß besteuert werden

Es gibt keine gerechte Steuergesetzgebung bei uns, solange wir keine ordentliche Vermögensbesteuerung einführen. Bezugspunkt hierfür ist das Geldvermögen. Das reine Geldvermögen der Deutschen beträgt 4.000 Milliarden Euro. Die Hälfte davon, 2.000 Milliarden Euro, gehören den „oberen Zehntausend“, also einem Prozent der Bevölkerung.

Würde man nur diese Hälfte mit 5 Prozent besteuern, gäbe es in den öffentlichen Kassen Mehreinnahmen von 100 Milliarden Euro. Kein Politiker - auch kein Wirtschaftswissenschaftler - kann den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum eine ordentliche Vermögensbesteuerung in Schweden, Großbritannien und den Vereinigten Staaten möglich ist, in Deutschland aber nicht.

„Wir haben ja auch schon einiges gemacht, indem wir den Früheinstieg aus der Arbeitslosigkeit in die Rente langsam anheben. Wir müssen in einer älter werdenden Gesellschaft denen, die 50 und 55 und 60 sind, wieder mehr Chancen lassen oder geben.“

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) im Deutschlandfunk

Herzlichen Dank allen, die dem »blickpunkt« helfen. Jeder Euro hilft, die Zeitung zu erhalten!



Das „blickpunkt“-Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau Konto 9003419, BLZ 50852553

Krankheitssystem

Union und SPD planen ab Sommer 2007 den weiteren Abbau des Gesundheitssystems: Noch mehr Krankenhäuser werden dann privatisiert, die Arbeitgeber zahlen zukünftig weniger. Gesundheit verkommt zur Ware. Für die meisten Menschen heißt das: höhere Kosten, schlechtere Versorgung. (Siehe S. 7)

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

STOP



Nichts als Propaganda

„Wir tun beim Lärmschutz alles, was uns möglich ist“, das steht als Überschrift über einem Interview im „Start frei“ (Werbeschrift von Fraport). Tun sie tatsächlich alles? Bei den Probeläufen z. B. ist es so, dass zwischen den beiden Parallelbahnen die Turbinen auch bei Volllast erprobt werden. Andere Flughäfen haben dafür eine Halle, die Lärmschutz bietet. Warum finden die Probeläufe auf Rhein-Main noch immer unter freiem Himmel statt? Warum muss beim Bau der A-380-Halle die Verpflichtung zum Bau eines Lärmschutzes durch Gutachten eruiert und gerichtlich erstritten werden? Richtiger wäre die Überschrift: „Wir tun beim Lärmschutz vielleicht alles, was die Gerichte uns auferlegen.“

R. D.

Waffenstillstand sofort!

Während diese Zeilen geschrieben werden tobt der neue Nahost-Krieg mit voller Härte. Fassungslos sehen viele Menschen die Meldungen aus dem Kriegsgebiet. Im Gazastreifen und im Libanon werden systematisch die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zerstört. Hunderte von Toten, Tausende von Verletzten und Hunderttausende von Flüchtlingen künden von der humanitären Katastrophe. International geächtete Phosphor- und Streubomben, die vor allem Zivilisten treffen, werden eingesetzt. Auch Krankenhäuser und mit dem Roten Kreuz versehene Krankentransporte gerieten schon unter die Zielobjekte israelischer Raketen. Kampfflugzeuge machen Jagd auf Autos von Flüchtlingen, die in Flugblättern zur Flucht aufgefordert worden waren. Dieser Krieg der Israelischen Regierung ist ein brutaler Bruch des Völkerrechts und der Menschenrechte. Er ist durch nichts zu rechtfertigen. Die gängige Praxis, eine Kritik oder gar Verurteilung dieser Taten als antisemitisch zu diffamieren, ist entschieden zurückzuweisen. Die Naziverbrechen und der Holocaust sind kein Freibrief für Verbrechen der Regierung und Armee Israels.

Israels Krieg ist Teil der Kriegspläne der USA gegen die „Schurkenstaaten“ Syrien und Iran. Vorwand für diesen Krieg ist die Gefangennahme von zwei israelischen Soldaten durch die libanesische Hisbollah. Geiselnahmen und Terrorakte sind generell zu verurteilen. Tatsache aber ist, dass die Entführung von Tausenden von Palästinensern und auch von Libanesen vorausgegangen ist.

Wer Terrorakte bekämpfen will darf nicht mit Staatsterror antworten. Wir unterstützen den Appell der KP Israels an alle friedliebenden Menschen, ihren Kampf für eine politische Lösung zu verstärken.

Geschichten aus Wald und Flur und andere Märchen

Wer es noch nicht wusste: Die Fraport hat nicht nur hochbezahlte Pressesprecher und PR-Fachleute, sondern auch eine Försterin. Aber die macht genau dasselbe: Sie erzählt Märchen.

„Geheimnisse und Geschichten aus Wald und Flur“ nennt sich das in der Fraport-Werbung.

Und wie kommt die Förstersfrau im Dienste der Waldvernichter gewissenmäßig mit ihrem Job zu Rande? Kein Problem. Gelernt ist gelernt. Auf der Internetseite der Forstdirektion Tübingen z. B. kann man die ideologischen Grundlagen dieser „Waldpädagogik“ nachlesen (<http://www.wald-online-bw.de/wus/index.htm>): „Das Medium Märchen eignet sich sehr gut für forstliche Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Waldpädagogik. Dies können sowohl die bekannten Märchen sein - beispielsweise der Gebrüder Grimm, als auch eigene, erfundene Märchen“.

Wie zum Beispiel das Märchen, die Fraport sorge sich um die Umwelt.

Wir aber sehen die Rodungen und Kahlschläge, die gebrochenen Zusagen und die geschundene Natur und erinnern uns an den großen russischen Dichter Iwan Turgenjew: „Sogut man einen Wolf auch füttert, er wird immer nach dem Wald schielen“.

Alfred J. Arndt

„JOBMASCHINE“

Fraport: Der Frankfurter Flughafenbetreiber will nach der Zusammenlegung der Sparten Terminalbetrieb und Ausbau eine noch unbekannte Zahl an Stellen kappen.

Deutsche Flugsicherung: Die vor der Privatisierung stehende Behörde in Langen baut 600 der 5300 Stellen ab. Bisher wurden 120 Arbeitsplätze gestrichen.

FR 21. Juli 2006
„Stellenabbau von A-Z“



Bürgerfreundlich?

Da hat sich die Stadt wieder einmal etwas ausgedacht und ein kaum passierbares Drängelgitter als Hindernis für Radfahrer errichtet. Mörfelden-Walldorf will Bürgerfreundlich sein, dies betonen immer wieder die Verwaltung und der Bürgermeister hauptsächlich vor Wahlen. Man sollte deshalb annehmen, dass bei Maßnahmen, die von einem Amt veranlasst oder vom Bauhof getroffen werden, diese Bürgerfreundlichkeit beachtet wird und man sich an den Interessen und Bedürfnissen der Bürger orientiert. Nun haben sich, auch mit Zustimmung der Stadt, im Bereich Mörfelden-Gerauerstraße/Opelstraße im Laufe der letzten Jahre insgesamt vier Märkte angesiedelt. An die Bürger westlich der Bahnlinie, die nicht mit dem Auto sondern mit dem Fahrrad dort einkaufen wollen, hat man nicht gedacht. Lange Zeit, bevor der Friedhof erweitert wurde, konnten die Radfahrer neben dem Friedhof zur Gerauer Straße gelangen. Jedoch diese Möglichkeit war eines Tages zu Ende. Daraufhin suchten sich die Radfahrer einen Weg über den Spielplatz an der Wernertanne

um dem starken Autoverkehr im Bereich Gärtnerweg und Gerauerstraße auszuweichen. Von der Stadt gab es hierfür leider kein Verständnis obwohl der Spielplatz dies von der Größe her zulässt. Nun hat die Stadt ein weiteres Hindernis für Radfahrer errichtet, nämlich ein sogenanntes Drängelgitter, durch das Einkaufende mit beladenem Fahrrad kaum durchkommen. Das nennt man bürgerfreundliche Stadt. Die Planung der Stadt, im Gärtnerweg und in der Gerauerstraße beiderseits Radwege anzulegen ist zu begrüßen, die Realisierung wird jedoch noch auf sich warten lassen. Der Weg über den Spielplatz wäre in kurzer Zeit mit geringen Kosten (ohne Asphalt) schnell zu verwirklichen.

Schlussbemerkung: „Noch vor der Eröffnung der beiden letzten Märkte hatte die DKP-Fraktion im Stadtparlament im Oktober 2003 einen Antrag für einen Radweg durch den oder neben dem Spielplatz einschließlich Querungshilfe an der Gerauerstraße gestellt, der jedoch von der SPD abgelehnt wurde.“

Heinz Hechler

Unflexible Verwaltung

Freitag, 21. Juli: Sieben Sonnen am Himmel, die Menschen stöhnen unter der Hitze. Schwimmbadwetter!

Kurz vor 9.30 Uhr warten etwa hundert Menschen in praller Sonne vor der Eingangstür zum Waldschwimmbad in Mörfelden.

Mit der Gebührenerhöhung 2004 traten auch neue Öffnungszeiten in Kraft. Das stieß bei vielen Nutzern zwar auf heftige

Kritik, weil das Bad z. B. montags erst um 12.00 Uhr und freitags um 9.30 Uhr öffnet. Doch der Protest blieb wirkungslos. Von „Flexibilisierung“ hat die Verwaltung wohl noch nie etwas gehört. Könnte es nicht möglich sein, bei einer Hitzeperiode in der Schulferienzeit das Bad früher zu öffnen und später zu schließen? Ist das Verwaltungsdenken: „Der Bürger ist für die Verwaltung da und nicht umgekehrt“ noch zeitgemäß? Der Slogan „der Kunde ist König“ gilt nicht im Rathaus. R. D.

Personalien



Gerd Schulmeyer

Die DKP/Linke Liste hat nach intensiven Vorgesprächen folgende Orientierung auf die Bürgermeisterwahl im kommenden Jahr beschlossen:

1. Die DKP/Linke Liste hält es für zwingend notwendig, den Kandidaten von SPD und CDU zur Bürgermeisterwahl 2007 eine wählbare Alternative entgegenzusetzen, die eine inhaltliche Auseinandersetzung im Wahlkampf möglich macht.
2. Die DKP/Linke Liste wird einen eigenen Kandidaten benennen.
3. Der Fraktionsvorsitzende der DKP/LL im Stadtparlament Gerd Schulmeyer wird als Kandidat vorgeschlagen.
4. Die Wahl des Kandidaten wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.
5. In nächster Zeit wird eine Wahlkampfleitung die Arbeit aufnehmen, die einen Programmwurf und einen Wahlkampfplan erarbeiten wird.

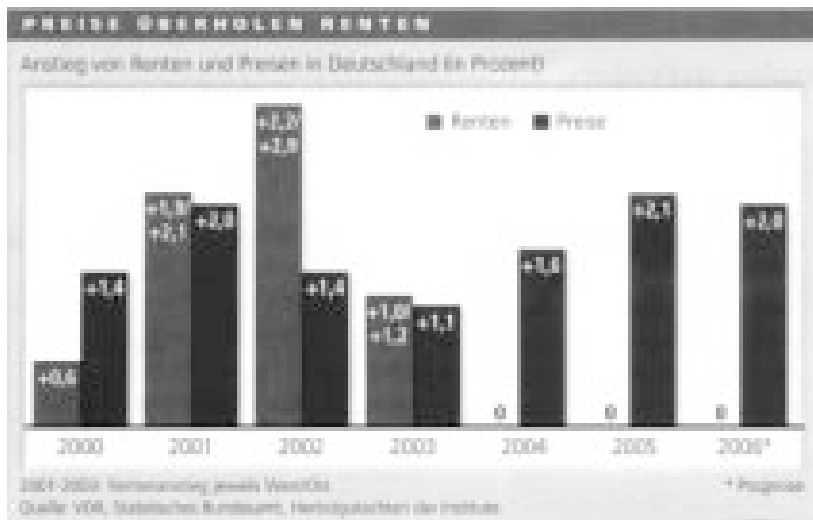


Alfred J. Arndt ist der neue Vertreter der DKP/LL im Magistrat.

Als ehrenamtlicher Stadtrat ist er wie alle Mandatsträger ihr Ansprechpartner
Tel: 0172 674 9996
E-Mail: AJArndt@t-online.de

Die Rentner trifft es hart

Das ganze Leben hart gearbeitet, die Basis für den Wohlstand von heute geschaffen und nun durch Rentenversicherung und Sozialkassen bestraft. Das müssen die heutigen Rentner empfinden, wenn sie seit drei Jahren keine Rentenerhöhung bekamen, durch höhere Beiträge an Krankenkasse und Pflegeversicherung belastet wurden und die Hoffnung auf Rentenaufbesserung genommen wird. Altersarmut ist kein Gespenst mehr, sondern Realität in vielen Haushalten. Die Preissteigerungen können nicht mehr ausgeglichen werden.



(unberücksichtigt ist die zusätzliche Zahlung der Rentner in die Pflegeversicherung und Krankenkasse)

Die Reformdiskussionen verunsichern mehr als aufzuklären. Sind Kürzungen, Streichungen alternativlos? Wir meinen nein! Das Sozialprodukt steigt noch immer trotz hoher Arbeitslosenrate und Geringbeschäftigung. Die Politik muss nur den Mut haben, die Sozialbeiträge von den Löhnen und Gehältern abzukoppeln. Alle müssen in die Sozialkassen nach ihrem tatsächlichen Einkommen einzahlen. Die Hintertürchen für Gutverdienende, sich aus der Sozialleistung des Staates auszuklammern, müssen geschlossen werden. rd

Mehrwertsteuer trifft auch die Kommunen

Eine DKP/LL-Anfrage an den Magistrat wegen der MWSt-Erhöpfung im nächsten Jahr wurde folgendermaßen beantwortet:

„Der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt unserer Stadt für das Haushaltsjahr 2006 sieht Ausgaben in Höhe von ca. 62,4 Mio. Euro vor. Davon unterliegen ca. 9,1 Mio. Euro der Mehrwertsteuer-Pflicht. Bei dem gleichen Ausgabenstand würde dies Mehrausgaben von ca. 240.000,- Euro bedeuten.“

Die ¼ Mill. Euro werden also im Stadtsäckel fehlen. Es wird noch mehr gespart, Leistungen abgebaut oder gestrichen, vielleicht auch Gebühren erhöht. Das wird die Folge sein dieser dreisten Steuererhöhung, die neben den Bürgern auch die Städte zahlen.

Bisher galten die Gebietskörperschaften als der entscheidende Investor und damit Motor der Wirtschaft. Durch die „Steuerreform“ 2000/2001, die die Großbetriebe entlastete, waren zig Milliarden Steuereinnahmen weniger in den öffentlichen Kassen. Die mit „Konsolidierungsmaßnahmen“ umschriebenen Leistungskürzungen, Investitionsverzicht und Gebührenerhöhungen verfehlen ihr Ziel nicht. Mehr Arbeitslose und Defizite in den Sozialversicherungskassen sind augenscheinlich. Mit der Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben, weiterem Streichen bei Investitionen löst man die Problematik nicht. Im Gegenteil, die Schiefelage verschärft sich. R. D.

Kinderarmut und Eurofighter

Zwei Meldungen an einem Tag: „Erste Eurofighter an Luftwaffe übergeben“ und „Kinderschutzbund: 2,5 Millionen Kinder leben auf Sozialhilfeniveau“.

Meldung 1: „Nach der Landung der ersten vier Eurofighter übergab der Befehlshaber des Luftwaffenführungs-kommandos die Maschinen an den Kommandore des Geschwaders. Bis 2015 sollen an die Bundeswehr 180 Maschinen des 83 Millionen Euro teuren Flugzeugs ausgeliefert werden.“

Meldung 2: Mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutsch-

land leben nach Angaben des Kinderschutzbundes auf Sozialhilfeniveau. „Das ist eine erschreckende Zahl, die weit höher ist, als wir befürchtet haben“, hieß es.

Bisher hatte der Kinderschutzbund die Zahl der Kinder bis 18 Jahre, die in einer Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leben, auf rund 2,2 Millionen geschätzt.

In der BA-Statistik für Juni 2006 war bei den Familien Langzeitarbeitsloser erstmals auch die Zahl der Kinder zwischen 15 und 18 Jahren aufgeführt, die nun in die Gesamtsumme einfließt. „Wir mussten vorher immer schätzen und wurden beschimpft, Horrorzahlen zu



verbreiten“, sagt der Kinderschutzbund. Aber die Wahrheit ist viel schlimmer. Die Zahl der armen Kinder habe sich seit 2004 mehr als verdoppelt. Von 15 Millionen Kindern hätten 2,5 Millionen kaum Bildungschancen und lebten mit einem hohen Gesundheitsrisiko. Zwei Meldungen - ein Skandal!



Bertolt Brecht

LOB DER DIALEKTIK

*Das Unrecht geht heute einher
mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein
aufzehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme
der Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung
laut:
Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele
jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung
bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der
aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die
Siegervon morgen
Und aus Niemals wird: Heute noch!*

14. August 1956

In Berlin stirbt Bertolt Brecht

Vor fünfzig Jahren starb Bertolt Brecht, 58 Jahre alt, in Berlin. Geboren wurde er am 10. Februar 1898 in Augsburg.

1922 wurde seine Komödie „Trommeln in der Nacht“ bei den Münchner Kammerspielen uraufgeführt. Zwei Jahre später holte ihn Max Reinhardt ans Deutsche Theater in Berlin. Mit der Musik von Kurt Weill führte das Haus 1928 die „Dreigroschenoper“ auf.

Einen Tag nach dem Berliner Reichstagsbrand im Februar 1933 mußte er ins Exil. Über Dänemark, Schweden und Finnland, kam die Brechtfamilie 1941 nach Santa Monica, Kalifornien.

Im Exil entstanden zahlreiche Gedichte über die politischen Verhältnisse in Deutschland, außerdem Entwürfe vieler Dramen. In den USA überarbeitete er nach dem Atombombenabwurf der Amerikaner über Japan „Das Leben des Galilei“. Nach der Uraufführung 1947 in Los Angeles musste sich Brecht vor dem „Ausschuss für unamerikanische Aktivitäten“ verantworten. Er verließ die USA, um nach Europa zurückzukehren. Zwei Jahre lebte er in der Schweiz, wo 1948 „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ in Zürich uraufgeführt wurde. Nach der Übersied-

lung nach Ostberlin im Jahr darauf wurde Brecht künstlerischer Leiter im neu gegründeten „Berliner Ensemble“.

Viele wissen heute, er war ein ganz großer Dichter und Theatermann, wenige wissen, dass er in Westdeutschland schlimmen Angriffen ausgesetzt war. Die „Bild“-Zeitung hetzte: „Millionen verfluchen diesen Namen!“ Adenauers Außenminister Heinrich von Brentano verstieg sich sogar, Bert Brecht mit dem Faschisten Horst Wessel zu vergleichen. Viele Theater mußten Brecht vom Programm nehmen. Das forderte in Frankfurt auch die CDU-Fraktion. Der damalige Intendant des Frankfurter Theaters Harry Buckwitz hatte es sehr schwer, Brecht auf die Bühne zu bringen. Ich selbst sah die Demonstration der Jungen Union der CDU. Heute gibt es unzählige Einrichtungen, die seinen Namen tragen. Auch in unserer Stadt gibt es eine Bertolt-Brecht-Straße. Viele wissen trotzdem nur sehr wenig über den großen BB.

Es lohnt sich, einmal in die Buchhandlung zu gehen, sich die Brecht-Gedichte zu kaufen oder nach seinen Stücken zu fragen. Sie werden schnell spüren, wie aktuell Brecht ist. Rudi Hechler

17. August 1956

Die KPD wird verboten

Am 17. August 1956 wurde in der Adenauer-Zeit wie unter Hitler die KPD verboten.

Dies führte zu tausenden Verfahren und Verurteilungen. Mehrere Wählergemeinschaften und Kandidaturen von einzelnen Kommunisten wurden verboten und die Kandidaten wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot verurteilt. Gegen weit über 200.000 Menschen wurde in der Hochzeit des kalten Krieges ermittelt, mit gravierenden strafrechtlichen und sozialen Folgen für die Betroffenen und ihre Angehörigen. Tausende wurden wegen ihrer politischen Gesinnung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Eine Rehabilitation wird ihnen bis heute verweigert.

Einige wenige Beispiele: Karl Abel, Oberkirchen, unter den Nazis inhaftiert, nach der Befreiung Sozial- und Gesundheitsminister, wurde 1958 in Lüneburg zu einer Haftstrafe verurteilt. Kurt Baumgarten aus Hannover, Grafiker, Jahrgang 1912, Naziverfolgter, vom Volksgerichtshof zu 15 Jahren verurteilt, wurde 1966 vom Landgericht Lüneburg zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Dr. Robert Steigerwald, Eschborn, bekam 5 Jahre Einzelhaft. Hertha Dürrbeck, langjährige KPD-Landtagsabgeordnete, Verfolgte des Naziregimes, wurde wegen ihrer Tätigkeit als Funktionärin des Demokratischen Frauenbundes (DFD) zu insgesamt 37 Monaten Knast verurteilt. Gertrud Schröter, später langjährige Landesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) aus Celle, wurde 1958 vom Lüneburger Gericht verurteilt. Auch in unserer Stadt gab es viele Verfahren und Hausdurchsuchungen. Heinrich Schulmeyer wurde zu vielen Monaten Gefängnis verurteilt. Vor Gericht trafen die Kommunisten oft auf Richter, die sie schon im Faschismus verurteilt hatten. Mit dem Verbot wurde das gesamte Vermögen der KPD - mindestens 200 Häuser, Büros, Druckereien, Verlage und Zeitungen eingezogen.

Wir halten es für hoch an der Zeit, das KPD-Verbot aufzuheben und eindeutig für ungültig zu erklären, im Interesse der Meinungsfreiheit und einer freien weltanschaulichen und politischen Debatte.



Die Eisenmänner der Mörfelder Feuerwehr

Auch dieses Jahr war die Feuerwehr Mörfelden beim Frankfurter Ironman dabei, und zwar mit drei Kameraden. Wehrführer Roland Adomeit absolvierte in 14:15:53 Std. die Strecke und belegte den 1720. Platz (3,8 km Schwimmen, 180 km Radfahren und 42,195 km Laufen), Kamerad Jochen Eisentraut brauchte für die Strecke nur 12:57:39 Std. und wurde 1414., Neuling war Oliver Krause mit einer Zeit von 13:54:26 Std., der 1658. Platz. Der „blickpunkt“ gratuliert den Eisenmännern und hat große Hochachtung vor dieser enormen Leistung.



Abriss an der Klingler-Schule

Bei der Sanierung der Bgm.-Klingler-Schule stellte sich die Frage: Soll der Schultrakt aus den frühen 60er Jahren saniert oder durch einen Neubau ersetzt werden. Man entschied sich für den Neubau. Dieser ist inzwischen bezogen. Im letzten Jahre stellten wir einen Prüfungsantrag ans Stadtparlament demzufolge der Magistrat prüfen sollte, ob der Flachbau entlang des Rad-/Fußweges (Steinweg) sich als Musikschule verwenden ließe. Die Bausubstanz, Wärmedämmung, Dachsanierung sollten einer Untersuchung bzw. Kostenschätzung un-

terzogen werden. Mit einer Realisierung hätte die Musikschule ein lang ersehntes Domizil, wären die Kosten für einen Neubau entfallen. Zudem wäre die Grundstücksfrage geklärt. Doch die Koalition aus SPD und FDP unterstützt durch die CDU sagte zu dem Prüfungsantrag nein.

In ein paar Wochen rollen die Abrissbagger an und machen das Gebäude platt. Eine Chance ist vertan, eine Lösung für die Musikschule auf den St. Nimmerleinstag verschoben. R. D.

Ausstieg aus der solidarischen und sozialen Krankenversicherung

Das Gesundheitsfondsmodell der Großen Koalition: Ausstieg aus der solidarischen und sozialen Krankenversicherung.

Merkel (CDU) und Schmidt (SPD) geben vor, das Gesundheitssystem zu reformieren. In Wirklichkeit planen sie den Abriss der solidarischen und sozialen Krankenversicherung. Merkel: „Ich kann von der Politik in einer solchen Reform nicht verlangen, dass sich alles ändert, aber niemand etwas merkt.“ Die Versicherten werden die Veränderungen im Gesundheitswesen mit Sicherheit schmerzhaft zu spüren bekommen. Sie werden in Zukunft mehr zahlen und dafür weniger Leistungen erhalten.

Die Pläne von Union und SPD sehen vor, dass die Versicherungsbeiträge zu-

künftig nicht mehr an die Krankenkassen gezahlt werden. Stattdessen gehen sie an eine zentrale Einrichtung, einen sogenannten Gesundheitsfond. Die Bundesregierung will die paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens abschaffen. Paritätische Finanzierung bedeutet, dass sich Arbeitgeber und Beschäftigte die Beiträge zur Krankenkasse teilen.

Geht es nach Union und SPD, werden zukünftig die abhängig Beschäftigten mehr zahlen als ihre Chefs. ArbeitnehmerInnen zahlen dann acht Prozent ihres Bruttolohns. Die Arbeitgeber zahlen lediglich sechs Prozent.

Für jeden Versicherten erhalten die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfond einen Pauschalbetrag von 150 Euro pro Monat. Kassen, die mit diesem Betrag nicht auskommen, da sie einen höheren Anteil an krankheitsgefährdeten Menschen versichern, werden die fehlenden Beträge bei ihren Versicherten eintreiben. Weil dabei zwischen großen und kleinen Einkommen nicht

unterschieden wird, heißt dieses Modell Kopfpauschale. CDU/CSU und SPD wollen, dass das Krankengeld aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen wird, dass soll 6 Mrd. Euro einsparen.

Im Krankheitsfall des Beschäftigten zahlte bisher der Arbeitgeber den Lohn in den ersten sechs Wochen. Danach sprang die Krankenkasse ein. Es ist zu befürchten, dass die Beschäftigten in Zukunft bei längerer Krankheit überhaupt kein Geld mehr bekommen.



Stadtgeschichten



In den letzten Kriegsjahren wurden auch die Schulen zur Rohstoffsicherung eingespannt. Die Schüler mussten Papier, Lumpen und Knochen sammeln und für die Fallschirmproduktion Seidenraupenzüchten. Zur Sicherung der Kartoffelernte wurden Kartoffelkäfer gelesen und als Beitrag für die „Volksgesundheit“ allerlei Heilkräuter gesammelt. Die Kinder der letzten Klassen bekamen den Auftrag, nach dem Unterricht Blätter von Brombeeren, Himbeeren und Brennnessel, Schachtelhalm und die Wurzeln der Quecken zu pflücken bzw. auszustechen, zu Hause zu trocknen und mit in die Schule zu bringen. Auf dem Foto aus dem Jahre 1942 sehen wir die Buben (es gibt auch noch ein Bild mit den Mädchen) des Jahrgangs 1929/30 im Hof der Schule in der Waldstraße vor dem Drückkarren, beladen mit der ersten, in Papiersäcken gefüllten Sendung von 100 Kilogramm getrockneter Birkenblätter und Queckenwurzeln.



Fast alle Namen der Schüler konnten wir in Erfahrung bringen. Es sind links von der Tafel, stehend: Willi Kaseler, Heinz Pons, unbekannt, Lehrer Feldmann, Karl Reviol, Walter Fischer. Sitzend: unbekannt, Helmut Kaufmann, Jakob Pons, Adolf Becker, Heinz Pons, Willi Knodt, Willi Pons, Peter Förstner. Rechts neben der Tafel, stehend: Adolf Pons, Adolf Ludwig Cezanne, Karl Schulmeyer, Kurt Vietze, Walter Massinger, Heinz Becker, Werner Tron. Sitzend: Hans Jakob, Erich Messerschmitt, Wilhelm Sperling, Heinz Cezanne, Karlheinz Pons, Arthur Cezanne.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden im August/September 2006:



KuBa

12. August
„Das Auge isst mit“
Kurzfilmnacht und Barbecue
Essen ab 19 Uhr
Filme ab 21.15 Uhr

14. August
HörBar: „Tatverdächtig“
Der Hörbuchabend im KuBa.
Beginn: 20 Uhr

26. August
Rettet das Vinyl - Spezial
„Vater & Sohn“
Beginn: 20 Uhr

14. September
Rettet das Vinyl
Schallplattenabend.
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben O.
Beginn: 20 Uhr

24. September
Familienfrühstück
9.30-12.30 Uhr

27. September
Kennen Sie Tuchosky?
Lesung mit Arnim Reinert
Eine Veranstaltung der Aktion Toleranz
Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Der sieht de Kuh
am Arsch oo,
wos die Budder
in Meenz kost.